

Der Taiwan-Tango I

16. Dezember 2003 | John Derbyshire

Die Äußerungen von Präsident Bush über Taiwan nach seinem Treffen mit dem chinesischen Premierminister Wen Jiabao haben sowohl in Taipeh als auch in Washington eine Welle des Hyperventilierens ausgelöst. Typisch war *The Weekly Standard*:

Die taiwanesishe Regierung ging ihren demokratischen Geschäften in einer legalen und angemessenen Weise nach, die niemanden bedrohte. Die chinesische Regierung beschloss, einen Anfall zu bekommen, um zu sehen, ob sie die Beschäftigung der USA mit dem Irak und Nordkorea ausnutzen könnte, um die US-Politik gegen Taiwan zu kippen. Und die US-Regierung beschloss, Peking zumindest teilweise zu beschwichtigen ...

Dies muss ein wenig dekonstruiert werden. Taiwan ist ein kleines Land mit einem großen und feindlichen Nachbarn. Es hat das Glück, das zu besitzen, was kleine Länder in dieser Lage alle brauchen: einen Vertrag über Freundschaft und gegenseitige Unterstützung mit einer großen, befreundeten Macht – uns, den USA. Solche Verträge verleihen keine Unverwundbarkeit. Ihr Wert hängt vom Willen der größeren Gegenpartei ab, wie die Tschechoslowakei 1938 feststellen musste. In normalen Zeiten bieten sie jedoch eine ziemlich solide Absicherung gegen einen Angriff durch den hässlichen Nachbarn.

Im Falle Taiwans und der USA ist „Vertrag“ wirklich ein zu starkes Wort, da nichts im amerikanischen oder internationalen Recht die USA dazu verpflichtet, auf einen chinesischen Angriff auf Taiwan militärisch zu reagieren. Es ist jedoch unvorstellbar, dass eine US-Regierung – insbesondere die Bush-Regierung – tatenlos zusieht, wie die Kommunisten die erste chinesischsprachige Demokratie, die je existierte, vernichten. Das bedeutet, dass, wenn es auf der anderen Seite der Straße von Taiwan hart auf hart kommt, amerikanische Soldaten sterben werden und amerikanische Eltern trauern werden. Und das gibt einem amerikanischen Präsidenten das Recht, sich gegen provokative Auftritte taiwanesischer Politiker auszusprechen.

Denn ja, Taiwan ist eine Demokratie. Die taiwanesischen Politiker sind den gleichen Versuchungen ausgesetzt und neigen zu den gleichen Torheiten und Exzessen wie die demokratischen Politiker überall. Außerdem stehen in Taiwan Präsidentschaftswahlen an, und der derzeitige Präsident Chen Shui-bian stellt sich zur Wiederwahl. Der wichtigste Punkt in seinem Wahlprogramm ist ein Vorschlag für eine neue Verfassung, die den Status Taiwans als Nation klarer definiert, „um Taiwan zu einem normalen, vollständigen und großen demokratischen Land zu machen“.

Nun, das wäre schön, und in der Tat teile ich den Traum von Präsident Chen. Im Gegensatz zu ihm glaube ich jedoch, dass es auf absehbare Zeit genau das bleiben wird – ein Traum. Taiwan ist de facto eine unabhängige Nation. Keine wesentliche Frage, die für Taiwans innere Angelegenheiten

von Bedeutung ist, wird von irgendeiner außenstehenden Nation entschieden. Das taiwanesisches Volk ist so frei, wie eine Nation in dieser globalisierten Welt nur sein kann – freier, so könnte man wohl sagen, als das durchschnittliche Mitgliedsland der EU. Eine Ausformung in Worten wird diese Freiheit nicht verbessern; aber diese Ausgestaltung in Worten könnte sie zerstören.

Ich werde im Folgenden sehr vorsichtig sein, denn es wird sicher Anstoß erregen. Ich bewundere Präsident Chen Shui-bian, und ich bewundere seine Hartnäckigkeit, mit der er gegen grausame Widerstände und persönliche Tragödien die Ideale der Freiheit und einer rationalen Regierung verfolgt. Ich kann mich jedoch des Eindrucks nicht erwehren, dass er ein wenig dumm ist. Seine Partei, die D.P.P., verströmt einen deutlichen Hauch von neulinkslastigem Geschwafel („flap-doodle“). Die meisten ihrer Mitglieder wären, wenn sie Amerikaner wären, Demokraten. Dafür gibt es einige gute Entschuldigungen. Die für die D.P.P. charakteristische „Greenery“ zum Beispiel ist eine ganz natürliche Reaktion auf den ökologischen Preis, den Taiwan für vierzig Jahre halsbrecherischer industrieller Entwicklung bezahlt hat. (Der erste namhafte Taiwaner, den ich je getroffen habe, war der Bürgermeister von Taipeh, ein Mann namens Gao, im Jahr 1971. Ich hatte das Bedürfnis, etwas zu sagen, und war von der Unverfrorenheit der Jugend erfüllt, als ich herausplatze: „Sie haben wirklich ein schreckliches Problem mit der Luftverschmutzung hier in Taipeh, wissen Sie.“ Der Bürgermeister schaute mich durch den Nebel an und sagte: „Nein, nein! Kein Problem! Keine Luftverschmutzung! Ha ha ha!“)

Chens neue Verfassung, oder das, was wir bisher davon gehört haben, bestärkt diesen Eindruck. Es scheint, dass das Dokument von einer Art sein wird, die das Herz eines Eurokraten erwärmt – vollgestopft mit „Rechten“. Offenbar wird es zum Beispiel Bestimmungen für die Homo-Ehe enthalten. Nun, das ist ihre Sache. Taiwans Selbstdefinition als Nation ist jedoch aus den oben genannten Gründen unsere Sache.

Der *Standard*: „Kann es wirklich die Position von Präsident Bush sein, dass es Taiwan nicht erlaubt ist, demokratische Referenden zu irgendwelchen Themen abzuhalten?“

Glaubt jemand, dass dies Bushs Position ist? Ist der *Standard* dieser Meinung? Hat Bush irgendetwas gesagt oder getan, was darauf hindeutet, dass dies seine Position ist? Wenn die taiwanesisches Regierung beschließt, ein Referendum über die Homo-Ehe oder über den Bau von Atomkraftwerken abzuhalten, glaubt der *Standard*, dass das Weiße Haus dann strenge Tadel aussprechen würde? Glauben sie, dass sich irgendjemand in Amerika darum scheren würde? Wir mischen uns nur dann in Taiwans Angelegenheiten ein, wenn sie unsere eigenen berühren. Taiwans Erklärungen über seine eigene Nationalität berühren diese Angelegenheiten.

Außerdem besteht der Verdacht, dass Chen oder einige in seiner Partei ein langes Spiel treiben. Sehen Sie sich den Zeitplan an. Nach den derzeitigen Plänen soll die neue Verfassung 2006 per Referendum angenommen werden und im Frühjahr 2008 in Kraft treten, also genau am Ende der nächsten Amtszeit von Präsident Chen, vorausgesetzt, er wird wiedergewählt. Im Sommer 2008 finden in Peking die Olympischen Spiele statt, und dieses Ereignis ist für die chinesischen Kommunisten als Legitimationsstempel für ihre Diktatur von enormer Bedeutung.

Stellen Sie sich also folgendes Szenario vor: Im Frühjahr 2008 nimmt Taiwan eine neue Verfassung an, in der es sich in irgendeiner Form zu einer unabhängigen Nation erklärt. Wenn Peking nichts unternimmt, haben sie Taiwan endgültig verloren. Wenn Peking angreift, wird es zu einem

Massenboykott der Olympischen Spiele kommen, was einen Gesichtsverlust zur Folge hätte. (1) Dies ist die Art von Dilemma, das die Apparatschiks in Peking um jeden Preis vermeiden möchten.

Die Zahl der Möglichkeiten, dies zu vermeiden, ist sehr begrenzt. Die Kommunisten könnten Taiwan jetzt einfach angreifen und die ganze Sache hinter sich bringen. Bis 2008 würde sich der Staub gelegt haben, die wankelmütige westliche Wählerschaft hätte alles vergessen und würde nach ihren billigen chinesischen Waren verlangen, und die Spiele könnten ohne größere Zwischenfälle stattfinden. Wir können sicher sein, dass es in der chinesischen Führung Stimmen gibt, die für diesen Fall argumentieren.

Die andere Möglichkeit besteht darin, einen Deal mit Präsident Bush zu schließen. Die chinesischen Kommunisten haben schließlich etwas, was Bush will: die Fähigkeit, die Ereignisse in Nordkorea zu beeinflussen. Vielleicht fangen sie auch endlich an, etwas gegen ihre Exporte von Raketentechnologie an Länder wie Iran und Pakistan zu unternehmen. Von Bush wollen sie nur Worte – keine Worte, die ihnen einen Deckmantel für die Invasion Taiwans geben, sondern Worte, die den Status quo noch ein paar Jahre lang erhalten. Bush hat diese Worte geliefert. Im Gegenzug, so hofft man, erhielt er die Zusicherung, dass die Sechs-Mächte-Gespräche (Russland, China, USA, Japan, die beiden Koreas) über die Atomisierung Nordkoreas fortgesetzt werden, und zwar in einer Richtung, die den amerikanischen Interessen entspricht.

Wie viel diese Zusicherungen wert sind, ist eine offene Frage. Es steht fest, dass kein Abkommen, das davon abhängt, dass Nordkorea sein Wort hält, einen Pfifferling wert ist. Doch die chinesischen Kommunisten sind aus dem gleichen Holz geschnitzt wie die Nordkoreaner – sie bezeichnen Kim Jong Il und seine blutbesudelte Bande in ihren eigenen Kommunikés als „brüderliche sozialistische Genossen“. Die Leute, die das derzeitige Politbüro in Peking besetzen, sind mit nordkoreanischen Filmen aufgewachsen, in denen heldenhafte Patrioten unter der Führung von Kim Jong IIs Vater die verhassten Japaner und Amerikaner bekämpfen.

Die Gleichsetzung ist nicht exakt: Kim Jong Il praktiziert einen rohen Stalinismus, während sich die chinesischen Kommunisten auf eine Art militarisierte Kleptokratie paraguayischen Stils zurückgezogen haben. Dennoch hat die KP China ihr eigenes Volk 54 Jahre lang belogen und belügt es auch jetzt über den „Wunsch“ der „Landsleute“ auf Taiwan, in der warmen Umarmung des Mutterlandes wiedervereint zu werden. (2) Das Deprimierendste an den Gesprächen zwischen George W. Bush und Wen Jiabao in dieser Woche ist, dass sie diese Lüge fortsetzen. Wenn man sich die Erfolgsbilanz der kommunistischen Lügen Chinas vor Augen hält, muss man sich fragen, wie viel Vertrauen wir in chinesische Versprechen setzen sollten und wie viel die Regierung tatsächlich in sie gesetzt hat.

Dennoch müssen wir uns mit diesen Menschen auseinandersetzen, und es geht um wichtige Fragen unserer eigenen Sicherheit. Ich gebe niemandem nach, wenn es um die Abscheu gegenüber den chinesischen Kommunisten geht, und ich kann veröffentlichte Schriften vorweisen, die zwanzig Jahre zurückreichen, um dies zu beweisen. Aber wir befinden uns im Krieg. Dieser Krieg wird Jahre dauern, vielleicht so lange wie der Kalte Krieg. Bevor er zu Ende ist, werden wir mit Leuten verhandelt haben, die weitaus weniger schmackhaft sind als Wen Jiabao. Das tun wir bereits, in Zentralasien und anderswo. Wenn wir diese Abkommen schließen können, ohne demokratische Verbündete in die Hände unserer Feinde zu geben, sollten wir das tun. Die Erklärungen unseres Präsidenten in dieser Woche bewegen sich genau in diesem Rahmen.

Taiwan ist eine freie und unabhängige Nation. Dass die Führer Taiwans diese Tatsache in den Foren der Welt nicht laut verkünden können, aus Angst, die Kommunistische Partei Chinas, eine Organisation von Dieben und Mördern, zu provozieren, ist bedauerlich. Es gibt jedoch eine ganze Menge bedauerlicher Dinge, die derzeit in der Welt passieren. Ich hoffe, dass die Regierung alle Zusicherungen, die wir diese Woche von Wen Jiabao erhalten haben, mit der nötigen Skepsis betrachtet. In Anbetracht der gegenwärtigen Gefahr hatten wir meines Erachtens jedoch keine andere Wahl, als uns um diese Zusicherungen zu bemühen oder sie gegen eine milde Kritik an Taiwans zur Wiederwahl stehendem Präsidenten einzutauschen.

(1) In Peking wird bereits über das „Neun-Jahres-Szenario“ diskutiert. Die Theorie besagt, dass eine totalitäre Diktatur neun Jahre nach der Austragung der Olympischen Spiele zusammenbrechen wird: Nazi-Deutschland veranstaltete sie 1936 und brach 1945 zusammen. Die UdSSR veranstaltete sie 1980 und brach 1989 zusammen. Das spricht den Demokraten in mir an, aber nicht den Statistiker. Zwei Datenpunkte sind keine gute Grundlage – obwohl mir jemand zu erklären versuchte, dass dies auch für die Olympischen Winterspiele in Sarajewo gilt.

(2) Allerdings ohne große Wirkung. In den meinungsstarken Schichten Chinas glaubt kaum jemand, dass die Taiwaner eine Wiedervereinigung mit dem Festland wollen. Die genannten Schichten wünschen sich diese Wiedervereinigung aber trotzdem. Um diese beiden widersprüchlichen Ideen in ihren Köpfen zu halten – wir müssen unsere chinesischen Landsleute mit dem Mutterland wiedervereinen, obwohl dies das Letzte ist, was sie wollen – sind chauvinistische Chinesen dazu übergegangen, die Menschen in Taiwan zu hassen, die sie als halbnipponisierte Verräter bezeichnen, die verdienen, was auch immer mit ihnen geschieht, wenn die Volksbefreiungsarmee anrückt. Die „Befreiung“ Taiwans wäre kein schöner Anblick.

Der Taiwan-Tango II

<https://www.unz.com/jderbyshire/the-taiwan-tango-continued/>

22. März 2004 | John Derbyshire

Die Präsidentschaftswahlen vom Samstag in Taiwan haben zu einem ungebührlichen Gerangel vom Typ Florida-2000 geführt, wobei der unterlegene Kandidat die Annullierung des Ergebnisses forderte. Der Sieg des amtierenden Präsidenten Chen Shui-bian (Demokraten) betrug 30.000 Stimmen von 13 Millionen abgegebenen Stimmen; die Zahl der ungültigen Stimmzettel belief sich auf fast 340.000. In diesem Fall gibt es zwar keine hängenden Stimmzettel – die Wähler Taiwans markieren ihre Präferenzen auf Zetteln, die von Hand ausgezählt werden –, aber dennoch bestehen berechtigte Zweifel am wahren Wahlergebnis. Die taiwanesischen Gerichte werden letztendlich über diese Frage entscheiden, aber bis dahin kann Präsident Chen nur einen vorläufigen Sieg für sich beanspruchen.

Der Wahlausgang wird durch den sehr merkwürdigen Vorfall mit der Schießerei am vergangenen Freitag weiter getrübt. Sowohl Präsident Chen als auch Vizepräsidentin Annette Lu wurden wäh-

rend einer gemeinsamen Wahlkampfveranstaltung angeschossen, wobei sich ihre Wunden jedoch als oberflächlich herausstellten. Sie waren sogar so oberflächlich, dass weithin bezweifelt wird, dass wirklich geschossen wurde. Es wird angenommen, dass eine einzige Kugel, die später in Chens Kleidung gefunden wurde, beiden Wunden zugefügt hat. Niemand hörte jedoch den Schuss, da rundherum Feuerwerkskörper gezündet wurden. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts wurde auch noch niemand wegen der Schießerei verhaftet – was sehr merkwürdig ist, da sie sich in einer dicht bevölkerten Straße ereignete.

Anstatt in einem nahe gelegenen öffentlichen Krankenhaus behandelt zu werden, wurden Chen und Lu in ein weiter entferntes Privatkrankenhaus gebracht, das nicht auf der „genehmigten“ Liste des Geheimdienstes des Präsidenten steht. Es besteht der weit verbreitete Verdacht, dass die ganze Sache von Chens Leuten inszeniert wurde, um Sympathiestimmen zu gewinnen. Die zweitpopulärste Theorie ist, dass die Schießerei von Verbrechersyndikaten durchgeführt oder inszeniert wurde (d.h. mit Chens Wissen) – es wurden illegal Millionen von Dollar auf den Wahlausgang gewettet.

All dies ist auf die Rohheit einer neuen Demokratie zurückzuführen. Bis zu den [Präsidentenwahlen](#) vor vier Jahren war Taiwan fest in der Hand der Kuomintang-Partei (KMT), die nach dem Zweiten Weltkrieg mit Chiang Kai-sheks Armeen ins Land kam. (Taiwan war von 1895 bis 1945 eine japanische Kolonie.) Die KMT hat in den 1990er Jahren unter der Führung des in Taiwan geborenen Präsidenten Lee Teng-hui ihre Anziehungskraft erfolgreich erweitert und ist nicht mehr nur die Partei von Kai-sheks Handlangern. Zusammen mit einer verwandten Partei, der People First Party (PFP), bildet sie nun die „blaue“ Koalition, die in der taiwanesischen Politik die Rolle der Vaterpartei spielt – niedrige Steuern, geringe Sozialleistungen, wirtschaftsfreundlich und sozial konservativ.

Die Sieger der Wahl vom Samstag waren die „Grünen“: eine Koalition von Chens Demokratischer Fortschrittspartei (DPP) mit einer kleineren Fraktion, die von Lee Teng-hui gegründet wurde, nachdem die KMT ihn aus der Partei geworfen hatte, weil er ihrer Meinung nach die Tür zu Chens Sieg im Jahr 2000 geöffnet hatte. Obwohl die Grünen nicht dogmatisch „grün“ im Sinne des Umweltschutzes sind, spielen sie die Rolle der Mutterpartei in Taiwan. Grüne Führer wie Präsident Chen und Vizepräsident Lu wären in den USA Demokraten, die meisten Blauen wären Republikaner. (1)

Das ist eine starke Vereinfachung, denn es gibt in der taiwanesischen Politik große Probleme, die sich hier nicht in etwas Entsprechendes umwandeln lassen. Da ist zum Beispiel die Korruption, die große Plage des öffentlichen Lebens in ganz Asien, die in Taiwan viel mehr mit den Blauen als mit den Grünen in Verbindung gebracht wird. Da die Blauen von Chiang Kai-sheks alter KMT abstammen, die fünfzig Jahre lang an der Macht war, um Klientel-Netzwerke und zwielichtige Allianzen zwischen Wirtschaft und Politik zu knüpfen, war die Anti-Korruptions-Rhetorik ein verlässlicher Stimmenbringer für die Grünen. Dies war bei der Wahl am Samstag etwas weniger der Fall als früher, da die Frau von Präsident Chen verdächtigt wird, vor kurzem mit Insidergeschäften ein Vermögen gemacht zu haben. Die Blauen spielten dieses Thema so erfolgreich aus, dass Chen gezwungen war, sich öffentlich im Namen seiner Frau zu entschuldigen. Ein Gegenangriff der Grünen gegen den blauen Parteivorsitzenden Lien Chan, der sich auf die Behauptung stützte, er sei ein Frauenschläger, führte dazu, dass Liens Frau in TV-Talkshows weinerliche Dementis abgab, und scheint die Wahl nicht beeinflusst zu haben.

Das größte Thema in der taiwanesischen Politik ist natürlich China, der Drache, der über die Straße von Formosa auf all diese Vorgänge blickt. Die Kommunisten in Peking, die von der großen Mehrheit der Bevölkerung auf dem Festland unterstützt werden, betrachten Taiwan als eine abtrünnige Provinz, die so schnell wie möglich in den warmen Schoß des Mutterlandes zurückkehren sollte. Das Ärgerliche aus Pekings Sicht ist, dass nur wenige Taiwaner tatsächlich eine Vereinigung mit China wünschen. Meinungsumfragen in Taiwan zeigen drei verschiedene Einstellungen zu diesem Thema: für die Unabhängigkeit, für den Status quo und für die Vereinigung, wobei das Verhältnis in normalen Zeiten etwa 40:50:10 beträgt. Diese Zahlen ändern sich leicht je nach dem Zustand der taiwanesischen Wirtschaft, wobei die Befürworter der Wiedervereinigung in Zeiten der Rezession etwas zunehmen. Die Blauen haben alle Befürworter der Wiedervereinigung auf ihrer Seite; die Grünen haben die Befürworter der Unabhängigkeit auf ihrer Seite; Wahlen wie die vom Samstag werden um die Befürworter des Status quo ausgefochten.

Das Bedürfnis von Präsident Chen, seine für die Unabhängigkeit eintretende „Basis“ im Griff zu behalten, hat ihm im vergangenen Dezember Ärger mit der US-Regierung eingebracht. Neben der Wahl des Präsidenten waren die taiwanesischen Wählerinnen und Wähler am Samstag auch aufgefordert, sich in zwei Referenden zu äußern. Die Referendumsfragen (2) betrafen die Stärkung der Raketenabwehr des Inselstaates und ein selbstbewussteres Auftreten bei Verhandlungen mit China. Es war der Vorschlag für diese Referenden, der die Aufmerksamkeit der Regierung im Dezember auf sich zog und dazu führte, dass George W. Bush, der damals versuchte, Pekings Hilfe in Bezug auf Nordkorea in Anspruch zu nehmen, Chen auf die Finger klopfte. Die Blauen riefen zu einem Boykott der Referenden auf, deren Wortlaut seit dem Streit im Dezember leicht abgeschwächt wurde. Ein großer Teil der Wählerschaft stimmte dem zu, genug, um die Bestätigung beider Maßnahmen zu verhindern.

Eng verbunden mit der China-Frage ist die Frage der taiwanesischen Verfassung. Die derzeitige Form dieses Dokuments ist eine geflickte Version des Dokuments, das Chiang Kai-shek als Feigenblatt für seine autoritäre Diktatur (1947-1987) und die seines Sohnes verwendete. So ist beispielsweise eine Zweikammer-Legislative vorgesehen, aber die Struktur des Oberhauses basiert auf der Fiktion, dass Taiwan in Wirklichkeit die „Republik China“ ist, mit Vertretern aus allen Provinzen des chinesischen Festlandes. Da man sich nicht darauf einigen konnte, wie diese Struktur an die heutigen Gegebenheiten Taiwans angepasst werden sollte, ist das Oberhaus seit 1997 faktisch außer Kraft gesetzt. Das Unterhaus, der Legislative Yuan, ist das eigentliche gesetzgebende Organ. Aber auch dort gibt es strukturelle Probleme, die behoben werden müssen, und aus Sicht der Grünen leidet der Legislative Yuan unter dem weiteren Mangel, dass er gerade noch von den Blauen kontrolliert wird. Im Dezember 2004 stehen Legislativwahlen an.

Um diese Fragen zu klären, hat Chen eine neue Verfassung vorgeschlagen, die dem Volk in einem Referendum im Jahr 2006 vorgelegt werden und bei den nächsten Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2008 in Kraft treten soll. Die neue Verfassung wird jedoch von China und den USA als hochexplosiv angesehen, da sie, wie jede Verfassung, eine feste Definition dessen enthalten wird, was Taiwan eigentlich ist. Das würde die „strategische Zweideutigkeit“ beseitigen, unter der Taiwan in der Post-Mao-Periode und der Post-Chiang-Periode der chinesischen Geschichte überlebt hat und gediehen ist. (Mao und Chiang Kai-shek starben im Abstand von wenigen Monaten.) Die Verfassungsänderung würde genau zu dem Zeitpunkt erfolgen, an dem Chinas Kommunisten im Begriff

waren, eine riesige politisch-nationalistische Orgie abzuhalten, um ihre Herrschaft zu legitimieren – die Olympischen Sommerspiele 2008 in Peking.

Wird das Wahlergebnis vom Samstag einer gerichtlichen Überprüfung standhalten? War die Schießerei vom Freitag echt? Werden die Blauen, falls sie als Sieger aus den Wahlen hervorgehen, Gespräche mit China aufnehmen? Wenn nicht, werden Chens Grüne es wagen, Peking kurz vor den Olympischen Spielen 2008 mit der Verfassungsfrage zu konfrontieren? Oder wird China handeln, um der Frage zuvorzukommen? Wie werden sich die Worte und Taten Amerikas auf diese Fragen auswirken? Der Taiwan-Tango geht weiter.

(1) Soweit ich weiß, gibt es hier keine bewusste Anspielung auf die byzantinische Zirkusfraktionen im sechsten Jahrhunderts: [Damals hatten die beiden großen Parteien der Blauen und Grünen „Dependancen“ in all jenen Großstädten, die über einen Circus oder ein Hippodrom verfügten.]

Konstantinopel übernahm die Torheiten, wenn auch nicht die Tugenden des alten Roms, und dieselben Fraktionen, die den Zirkus aufgewühlt hatten, wüteten mit verdoppelter Raserei im Hippodrom. Unter der Herrschaft von Anastasius wurde diese Volkswut durch religiösen Eifer entfacht; und die Grünen, die heimtückisch Steine und Dolche unter Körben mit Obst versteckt hatten, massakrierten bei einem feierlichen Fest dreitausend ihrer blauen Gegner ...

(Gibbon, *Decline and Fall of the Roman Empire*, Kapitel 40)

(2) Der eigentliche Text der Volksabstimmungen lautete:

1. Das taiwanesisches Volk fordert, dass die Frage der Straße von Taiwan mit friedlichen Mitteln gelöst wird. Sollten sich die Chinesen weigern, die auf Taiwan gerichteten Raketen abzugeben und offen auf die Anwendung von Gewalt gegen uns zu verzichten, würden Sie dann zustimmen, dass die Regierung fortschrittlichere Raketenabwehrwaffen erwerben sollte, um Taiwans Selbstverteidigungsfähigkeiten zu stärken?
2. Würden Sie zustimmen, dass unsere Regierung Verhandlungen mit Festlandchina über die Schaffung eines Rahmens für Frieden und Stabilität für die Beziehungen zwischen beiden Seiten der Straße aufnehmen sollte, um einen Konsens zu erzielen und das Wohlergehen der Menschen auf beiden Seiten zu gewährleisten?